

Gladbacher Nachrichten

Zeitung für Umweltpolitik und Nachhaltigkeit

Rathaus der Zukunft - Bezirksregierung gibt grünes Licht Stadtverwaltung darf in Container umziehen

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat Oberbürgermeister Hans Wilhelm Reiners nun auf sein Schreiben geantwortet, in dem die marode Situation städtischer Verwaltungsgebäude mit drastischen Bildern beschrieben worden war und ein Sonderkredit über 200 Mio. Euro für das "Rathaus der Zukunft" beantragt wurde. Unserer Redaktion liegt dieses Schreiben vor. Dort heißt es:

Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister,

zunächst möchten wir Ihnen mitteilen, dass uns die von Ihnen eindrucksvoll dargelegte Situation ihrer Verwaltungsgebäude beeindruckt, ja erschüttert hat. Damit haben wir nicht gerechnet. Wie konnte das geschehen?

Wir kennen zwar die Situation, wie unsere KollegInnen z.T. in Belgien, Frankreich oder Großbritannien untergebracht sind. Oft Jahrhunderte alte, denkmalgeschützte Gebäude, die allerdings nur selten einstürzen. Aber nicht wie in Mönchengladbach.

So kann keine moderne Verwaltung arbeiten, zumindest keine deutsche. Angesichts der Bilder glauben wir Ihnen gerne, dass hier ein Sanierungsbedarf von rund 100 Mio. Euro anliegt. Dennoch würden wir uns freuen, wenn wir das Sanierungsgutachten, von dem Sie gesprochen haben, einmal einsehen könnten.

Als Sofortmaßnahme bieten wir Ihnen an, die marodesten Teile der Verwaltung vorerst in den Flüchtlingscontainern im Nordpark unterzubringen. Diese stehen zurzeit leer, sind mit Heizung, Strom und Internet ausgerüstet und sofort beziehbar.

Nun zu Ihrem gewünschten Sonderkredit. Zunächst sind wir beruhigt, dass Sie das geplante neue Verwaltungsgebäude „Rathaus der Zukunft“ nennen, denn ein „Rathaus der



Mit überaus eindrucksvollen Bildern hat der Baudezernent der Öffentlichkeit und der Bezirksregierung klar gemacht: „So können meine MitarbeiterInnen nicht mehr arbeiten. Es muss etwas geschehen. Nichts tun ist keine Option.“ Recht hat er.

Vergangenheit“ wäre keinesfalls kreditwürdig gewesen. Allerdings erscheint uns der Investitionsbedarf von rund 170 Mio. Euro etwas niedrig geschätzt, gleichwohl recht hoch. Wir erinnern daran, dass z.B. die Baukosten der Elbphilharmonie in Hamburg, ursprünglich mit 77 Millionen Euro angesetzt, am Ende mit rund 866 Millionen Euro etwas mehr als das 11-fache betragen. Eine solche Summe könnte die Stadt wohl niemals zurückzahlen, obgleich das Zinsniveau zur Zeit recht günstig ist, aber wahrscheinlich auch nicht so bleibt.

Da also letztlich von unserer Seite noch Klärungsbedarf besteht, sowohl über die unbedingt erforderlichen Sanierungen also auch über die unbedingt notwendigen Neubaukosten, können wir Ihnen vorerst die angebotene Zwischenlösung anbieten. Wir möchten Sie aber vorsorglich darauf hinweisen, dass diese evtl. noch gebraucht werden. Gehen Sie also bitte pfleglich damit um.

Wir hoffen, wir konnten Ihnen vorläufig weiterhelfen und verbleiben

mit Hochachtung

Ihre Bezirksregierung

INFO

In der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird von reinen Baukosten in Höhe von 126,5 Millionen Euro ausgegangen.

Zusammen mit Baunebenkosten, Außenanlagen und Grundstückerschließungen werden die Herstellungskosten auf rund 160 Millionen Euro geschätzt.

Für die dauerhafte Nutzung der aktuell bestehenden Verwaltungsstandorte würden in dem im **Gutachten** betrachteten Zeitraum bis zum Jahr 2044 insgesamt rund 199 Millionen Euro an Kosten anfallen.

Somit wäre der Neubau günstiger, wenn die Baukosten nicht steigen, betont der Kämmerer.